

Morde. Von den 17 Mitgliedern des Stadtparlaments gehören 10 den beiden gemäßigt nationalistischen Baskenparteien an, 2 der konservativen spanischen Volkspartei, eines den Sozialisten. Die übrigen vier Gemeinderäte vertreten Herri Batasuna (Vereinigung des Volkes) – die Partei des Terrors.

Mag seine Stimme auch beben, so blitzt die Rhetorik des alten Gurrutxaga doch vor Courage. „Selbst wenn es wie ein Schrei in der Wüste klingt, wir rufen: genug jetzt! Genug des Mordens. Genug davon, den eigenen Schmerz durch das Verwunden anderer zu besänftigen. Genug vom Würgegriff der Eta, der das Baskenland beschmutzt. Und genug von der doppelten Moral der Herri Batasuna, die Menschenrechte einklagt und doch nur dem Tod und dem Menschenraub applaudiert.“

Die Angesprochenen verziehen keine Miene. Sie weisen den Bürgermeister auf baskisch zurecht, weil er die Resolution der Gemäßigten auf spanisch verlesen hat. Sonst aber hat sich ihre Litanei im Lauf der Jahrzehnte kaum verändert: Die Eta-Fraktion verdammt die baskischen „Kollaborateure“, beklagt die spanische „Besetzung“, fordert ein Ende von „Folter und Repression“.

Manches spricht für die Theorie, daß die Terrorwelle der Karnevalstage ein letztes Aufbäumen war, der Beginn einer Flucht nach vorn. „Ihre klareren Köpfe wollen aus dem Untergrund heraus und ins politische Geschäft hinein“, sagt ein gemäßigter Nationalist in San Sebastián. „Aber sie stehen unter dem Druck ihrer 500 Compañeros in den Gefängnissen, die sie nicht im Stich lassen können. Darum sind auch die bürgerlichen Baskenparteien für sofortige Verhandlungen zwischen Madrid und Eta“ – mit dem Ziel, verurteilte Terroristen in ihre Heimat zu verlegen.

Beim Verlassen des Rathauses von Tolosa ist etwas vom sozialen Druck zu spüren, unter dem die politischen Vertreter des baskischen Untergrunds stehen. Beim Fischmarkt haben sich 20 bis 30 Jugendliche versammelt, Kleinstadt-Skins, die schon deutlich unter Alkohol stehen. Viele von ihnen tragen am Ohr oder an der Nase zwei Ringe, die als Zeichen von Eta-Sympathie gelten.

Höhnisch grinsend lassen diese ziel- und arbeitslosen Jugendlichen die „politische Klasse“ von Tolosa an sich vorbeidefilieren; nur die Vertreter der Herri Batasuna bekommen von ihnen ein „Hallo“ zugerufen. Scheu winken die HB-Politiker zurück: Ihre Zauberschüler werden sie nicht mehr los.

Tags darauf brennen im Nachbarstädtchen Hernani wieder Müllbehälter und Telefonzellen, und in die Speiselokale der gemäßigten Parteien fliegen Molotow-Cocktails. In der Nacht zum Freitag sind einige Gassen der Altstadt von Hernani fast unpassierbar, so viele verkohlte Plastikstühle stehen herum. ♦

USA

Die Treue des Vasallen

Außenministerin Albright in Bonn: Washington drängt die deutschen Verbündeten zu größerem Engagement – auch durch häufigere Militäreinsätze. Von Gerald Livingston

Historiker Livingston, 69, war Gründungsdirektor des Instituts für Deutsche Zeitgeschichte an der Johns Hopkins University. Derzeit forscht er am Deutschen Historischen Institut in Washington über die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Kurz bevor Bill Clinton sie Ende vorigen Jahres zur Außenministerin ernannte, bekannte Madeleine Albright, daß ihr Leben – und damit auch ihre Weltsicht – nicht wie bei den meisten politisch aktiven Amerikanern ihrer Generation durch den Vietnamkrieg geprägt sei. Sie sei vielmehr geformt worden durch das Münchener Abkommen von 1938, mit dem Großbritannien und Frankreich Hitler zu besänftigen suchten und dem Diktator die Tschechoslowakei auslieferten.

Damit setzte sie sich deutlich von Clinton ab, der einst gegen den Vietnamkrieg protestiert und alles darangesetzt hatte, den Wehrdienst zu vermeiden. Die neue Außenministerin dagegen, das sollten ihre Landsleute von vornherein wissen, werde Widerstand leisten, jede Aggression abwehren und nicht zögern, auch das Militär einzusetzen, wenn es ihren diplomatischen Zielen diene.

Nun haben die Amerikaner soeben erfahren – genau wie sie selbst es gerade erst erfahren haben will –, daß ihr Leben durch ein weiteres Ereignis in Europa berührt worden ist: die Ermordung dreier Großeltern in Theresienstadt und Auschwitz. Sie waren zurückgeblieben, als das Kind mit seinen Eltern schon bald nach dem Münchener Abkommen aus Böhmen nach England floh.

Die Diplomatin, die vor 60 Jahren als Marie Jana Korbel in eine jüdische Familie hineingeboren wurde, ist weitaus stärker durch eine von Deutschland zu verantwortende Geschichte geprägt als irgendein anderer amerikanischer Politiker, seit Henry Kissinger vor 20 Jahren seinen Posten aufgab. Als Außenministerin wird Madeleine Albright zwar alles daransetzen zu beweisen, daß ihre persönliche Biographie keineswegs ihre Amtsführung beeinflusst, ganz besonders nicht gegenüber Deutschland und – für Amerika wichtiger noch – gegenüber Israel, dessen Regierung schon seit zwei Jahren mit Albrights Familiengeschichte vertraut war.

Die Kernfrage aber ist, ob ihre Entscheidung, die ihren Ursprung in der Erfahrung ihrer Familie hat, sie in die Lage



Chefdiplomatin Albright
Mit harten Fäusten ausgeteilt



Bundeswehrsoldaten in Kroatien
Die USA glücklich gemacht

versetzt, der Außenpolitik Clintons neue Konturen zu verleihen. Denn sosehr die Amerikaner dem Staat und ihrer eigenen Regierung mißtrauen, sosehr sie im Bereich der Innenpolitik die Privatisierung staatlicher Aufgaben befürworten – in der Außenpolitik schätzen sie doch eher klare Entscheidungen. Die jedoch haben sie in der ersten Amtszeit ihres Präsidenten Bill Clinton oft vermißt. Allzu zögerlich und richtungslos hatte sich die US-Diplomatie gezeigt.

Schwerpunkte der Außenpolitik während Clintons erster Amtszeit waren Exportförderung und Schutz von Investitionen amerikanischer Firmen im Ausland. Schon im vergangenen Jahrzehnt sind Amerikas Aufwendungen für auswärtige Politik um 50 Prozent geschrumpft, ein Trend, der sich während der ersten vier Clinton-Jahre fortsetzte. Die Außenpolitik folgte den Prinzipien niedriger Kosten und minimaler Risiken.

Daß die Mittel gekürzt werden, darf freilich nicht mit Isolationismus gleichgesetzt werden, zumindest vorerst noch nicht. Die Lust zur globalen Intervention ist nahezu ungemindert. Schon in der ersten Amtsperiode vermittelten amerikanische Diplomaten regionale Vereinbarungen, von Nordkorea über Kasachstan bis nach Nordirland, vor allem aber zwischen Israelis und Palästinensern; amerikanische

Deutschland wird Albrights Entschlossenheit zu spüren bekommen

Generäle und Admiräle führten ihre Truppen nach Haiti, Bosnien, Irak, Mazedonien und in die Taiwanstraße vor den Küsten Chinas.

Aktivitäten wie diese belegen für Clinton und Albright Amerikas Rolle als „die unverzichtbare Nation“. Solange sie wenig Geld und kein amerikanisches Leben kosten, unterstützt die Öffentlichkeit solche Expeditionen. Sie polieren das Bild, auf das die Amerikaner seit jeher so stolz sind – die „Number one“ auf der Welt zu sein.

Dieser Aktivismus verträgt sich hervorragend mit dem Naturell von Madeleine Albright: Sie verhandelt nicht so verschiegen und vorsichtig wie ihr Vorgänger Warren Christopher. Sie hat sich vielmehr ihren Namen gemacht, indem sie früh für militärische Schläge gegen Bosniens Serben eingetreten ist. Sie teilte zudem auch im politischen Machtspiel mit harten Fäusten aus, womit es ihr gelang, gegen den Widerstand der versammelten Vereinten Nationen, Deutschland eingeschlossen, den eigenwilligen ägyptischen Uno-Generalsekretär Butros Butros Ghali aus dem Amt zu vertreiben.

Albright wird in den ersten Monaten der zweiten Clinton-Amtszeit nahezu unausweichlich ein großes Projekt besonders

energisch vorantreiben – das einzige außenpolitische Thema, das der Präsident in seinem Wahlkampf angesprochen hat, und noch dazu eines, das Deutschland unmittelbar betrifft: die Erweiterung der Nato um Polen, Tschechien und Ungarn. In dieser Frage wird die Bundesregierung einen ersten Beweis für Albright's Entschlossenheit zu spüren bekommen.

Damit unmittelbar verknüpft ist ein Problem, um das sich die Deutschen viele Gedanken machen: Wie kann man die Nato-Erweiterung den Russen beibringen? Republikanische Hardliner würden russische Bedenken am liebsten einfach ignorieren. Aber Clintons außenpolitische Macher hoffen nach wie vor, Moskaus Ängste und Widerstände durch irgendein Arrangement überwinden zu können, das es erlaubt, Rußland etwa nach dem Beispiel des Bosnien-Einsatzes in Nato-Unternehmen einzubinden, ohne ihm die volle Mitgliedschaft im Bündnis zu gewähren.

Wie schon während des Kalten Krieges sind es Rußland und die osteuropäischen Staaten, die Deutschland und Amerika an-

Welt zu bewegen – natürlich nur im Kielwasser Washingtons. Amerikanische Außenpolitiker haben nämlich, anders als die *classe politique* in Frankreich und den meisten anderen Ländern Europas, keine Angst vor einem stärkeren, selbstbewußteren Deutschland. Das hat nicht zuletzt die rückhaltlose Unterstützung bewiesen, mit der Präsident Bush die deutsche Wiedervereinigung förderte.

Jahrzehntelang haben deutsche Politiker ihren amerikanischen Gesprächspartnern erklärt, daß der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg und die Erblast des Holocaust es den Deutschen unmöglich machten, im Ausland Aufgaben zu übernehmen, die ihnen amerikanische

Präsidenten seit Johnson gern abtreten wollten. Diese Zeit ist jedoch längst verstrichen. Die Deutschen sollten nicht länger zulassen, daß ihr Bild im Ausland und ihre internationale Rolle allein von der Geschichte des Holocaust geprägt werden. Madeleine Albright kann, wenn sie es will, überzeugend dazu beitragen – gerade aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung.

Amerikas Verbrechen – die Versklavung der Schwarzen und der Völkermord an den Indianern über zwei Jahrhunderte hinweg – können und dürfen, solange sie aufrichtig bewältigt werden, nicht als Rechtfertigung für Untätigkeit gegenüber den Problemen von heute dienen. Dasselbe sollte

„Wachsende deutsche Macht ist nur erträglich bei anhaltender US-Präsenz“

einander binden. Und wie damals weckt die Neigung deutscher Politiker, sich im Umgang mit der russischen Seele ganz besondere, historisch begründete Fähigkeiten zuzuschreiben, den leisen Argwohn in Washington, die Männerfreundschaft zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Jelzin könne echte politische Erfolge ohne amerikanisches Zutun bewirken.

Anders als Deutschlands europäischen Nachbarn ist es den USA allerdings nur recht, wenn Bonn (oder Berlin) den deutschen Einfluß in Ost- und Südosteuropa ausbaut. Das ist die Region, in der die Amerikaner es ganz besonders begrüßen würden, wenn die Deutschen einen Teil der Verantwortung – und damit, versteht sich, der Kosten – übernehmen würden, die sie selbst in absehbarer Zeit nicht mehr zu tragen bereit sind.

Nichts hat amerikanische Politiker seit der deutschen Einigung glücklicher gestimmt als die Entscheidung, Bundeswehreinheiten nach Bosnien zu schicken. Wohl wissend, daß der Einsatz von Kampftruppen auf dem Balkan einen historischen Bruch mit der deutschen Nachkriegspolitik bedeutet, hofft Washington nun, daß diese Entscheidung den Weg ebnet für deutsche militärische Einsätze in anderen Krisenzonen, in denen die USA Hilfe brauchen, auch außerhalb Europas.

Seit den sechziger Jahren, als Präsident Johnson vergebens den Kanzler Erhard zu einem militärischen Engagement im Vietnamkrieg drängte, war es Ziel amerikanischer Außenpolitik, die Deutschen zur Übernahme einer größeren Rolle in der

auch für Verbrechen von Deutschen gelten, die vor einem halben Jahrhundert während der nur zwölf Jahre dauernden Nazi-Herrschaft begangen wurden.

Die alte Bundesrepublik war ein Protektorat Amerikas. Auch nachdem Deutschland 1990 nach eigener Definition den Zustand voller Souveränität erreicht hatte, bewahrte es seine Loyalität gegenüber der Schutzmacht ohne Abstriche. Lehenstreue über 45 Jahre hat jedoch ihren Preis, und der besteht darin, daß die Zustimmung der Deutschen zur amerikanischen Politik für selbstverständlich genommen wird.

Natürlich kann Amerika Deutschland nicht einfach ignorieren. Dafür ist es zu

groß, wirtschaftlich zu stark und Gastland zu vieler amerikanischer Soldaten (75 000, weit mehr als in jedem anderen Land). Dennoch haben deutsche Treue und Verlässlichkeit eine Gleichgültigkeit gegenüber Deutschland und seinen Problemen wachsen lassen. Sie hält auch an, nachdem der Fall der Berliner Mauer für einen kurzen Augenblick die Aufmerksamkeit der Amerikaner fesseln konnte.

Heute kümmert sich Amerika überhaupt nicht um die Fragen, vor denen Deutschlands politische Führung steht: etwa wie die Eingliederung der fünf neuen Bundesländer beschleunigt oder wie die Europäische Union und mit ihr die gemeinsame Währung vorangetrieben werden können.

EU und Euro scheinen für amerikanische Politiker irrelevant; ihnen sind diese Probleme und die Veränderungen, die sie Deutschland (und ganz Europa) bringen dürften, bestenfalls zweitrangig.

Statt dessen rechnet auch Clinton lieber fest mit deutscher Vasallentreue in allen wichtigen Fragen. Er setzt zwar darauf, daß irgendwann, je früher, desto besser, der Nationalstolz der Deutschen wieder erwacht und daß Deutschland schon bald weit größere internationale Verantwortung übernehmen wird – aber immer unter Washingtons Führung.

Diese Einstellung der Amerikaner beruht auf zwei Pfeilern, den Fundamenten des bilateralen Verhältnisses zwischen Amerika und Deutschland. Sie sind den politischen Eliten beider Länder wohl bewußt, fänden aber kaum öffentliche Unterstützung, würde offen über sie geredet:

Erstens soll Amerikas beträchtliche militärische Präsenz in Europa nicht länger eine mächtige Sowjetunion in Schach halten, sondern ein erstarkendes Deutschland.

„US-Soldaten in Deutschland verleihen Amerika Schlagkraft um den halben Globus“

Nicht nur dessen Nachbarn wollen die USA dabehalten, sondern die Deutschen selbst, weil sie sich noch immer vor sich selbst fürchten. Anders gesagt: Wachsende deutsche Macht ist in Europa nur erträglich bei anhaltender US-Präsenz. Das Bedürfnis unserer Verbündeten nach Machtgleichgewicht könnte der amerikanischen Öffentlichkeit allerdings wohl kaum als Begründung für die Stationierung amerikanischer Truppen fern der Heimat plausibel gemacht werden.

Zweitens sind die 75 000 GIs unerlässlich für „die schnelle Eingreiftruppe im globalen Dorf“, wie es der Heeresstabschef kürzlich nannte. Amerikanische Soldaten in Deutschland verleihen der US-Strategie Schlagkraft um den halben Globus. Ist sich die deutsche Öffentlichkeit darüber im klaren?

Die Deutschen sind nicht wie die Franzosen, welche die Vereinigten Staaten ständig mit Auseinandersetzungen über politisches Prestige irritieren. Sie sind auch nicht wie die Japaner, die versuchen, Handelsabkommen zu unterlaufen, um sich Vorteile zu sichern. Die Deutschen haben statt dessen Treue und Gehorsam gewählt.

Dieses Wohlverhalten über ein halbes Jahrhundert hinweg gibt dem deutschen Kanzler immerhin einen Trumpf in die Hand: Sollte Deutschland sich einmal in einer wichtigen Frage offen gegen die Vereinigten Staaten stellen, wäre ihm amerikanische Aufmerksamkeit im Übermaß garantiert. Die Ära der Gleichgültigkeit ginge dann über Nacht zu Ende. ◆